



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Z/KV/257 - 9. November 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Der neue Präsident

48

Zum Ausgang der amerikanischen Wahlen

2 - 4 Interview mit MdB Peter Nellen

Adenauer: "Ich bin doch für Sie da"

99

Nellen: "Mich treibt die Sorge um den demokratischen Staat"

4

Schulung und Bildung vorrangig

30

Gefahren, die den Frieden bedrohen

Von Bruno Kuster, Genf

5 - 6

Der Protest des Revolutionärs

69

General Grivas politische Initiative

Von Dr. Basil Mathiopoulos

* * *
* * *

Der neue Präsident

sp - Eine der erstaunlichsten und längsten Wahlschlachten in der amerikanischen Geschichte ist vorüber. Das amerikanische Volk hat entschieden, wer für die nächsten vier Jahre als Präsident im Weißen Haus die Geschicke seines Landes bestimmen soll. Es ist der 43-jährige Kennedy. Seine Zugehörigkeit zur katholischen Kirche, für alle anderen vorherigen Bewerber um das höchste Staatsamt ein nicht zu überwindendes Vorurteil, spielte für das Votum der rund 70 Millionen Wähler keine entscheidende Rolle. Kennedys Gegenkandidat Nixon hat es auch bei aller Schärfe der Auseinandersetzung vermieden, diese tief verwurzelten Ressentiments zu seinen Gunsten aufzuwühlen. Das legt ihm und der amerikanischen Demokratie Ehre ein und manche deutsche Wahlstrategen sollten sich daran ein Beispiel nehmen. Das Volk der Vereinigten Staaten beurteilte die Kandidaten um den Präsidentenwahl nach der Politik, die sie vertreten und es entschied sich dabei für Kennedy, von dem es erwartet, er werde in der Lage sein, Amerikas Stellung in der Weltpolitik zu stärken.

Worum ging es? Walter Lippmann hat es mit kaum nachzunehmender Prägnanz so ausgedrückt: "Nixon hat den Wählern erzählt: Wählt mich, und Lodge (der republikanische Vizekandidat) und ich werde alles arrangieren. Kennedy hat ständig wiederholt: Wacht auf, fangt mit der Arbeit an, werdet Euch klar, daß der Wettbewerb in der Welt heute ein tödlich ernst ist, und haltet durch." Kennedy hat mit dieser Forderung an das amerikanische Volk das Gefühl für die Notwendigkeit der Überwindung eines konservativen und restaurativen Denkens angesprochen, und es ist deshalb kein Zufall, dass sich auch die amerikanischen Gewerkschaften auf seine Seite stellten.

Mit dem Einzug Kennedys ins Weiße Haus geht die Ära Eisenhower zu Ende. Die Vereinigten Staaten erlebten unter Eisenhower zwar einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung, außenpolitisch lagen sie jedoch nicht immer in der Führung und vielleicht traten deshalb stärker als je die Fragen der Außenpolitik in den Vordergrund und beeinflussten den Wähler. Von Kennedy ist nach allem, was die Welt über ihn und seinen Beraterstab weiß, mehr Reichtum an Initiativen, an Elastizität und Tatkraft in der Führung zu erwarten.

Kennedy tritt in einer Periode das würdreichste Amt der Welt an, in der große weltbewegende Entscheidungen heranreifen. Es ist in diesem Zusammenhang für uns Deutsche gut zu wissen, daß der neue Präsident - wie übrigens auch sein geschlagener Rivale Nixon - die Bedeutung Berlins als Schlüsselposition für die westliche Welt sehr genau kennt, was in wiederholten Zusicherungen seinen Niederschlag fand, er werde eine Schwächung der westlichen Position in Berlin nicht zulassen. In Pankow und Moskau wird man dies mit Aufmerksamkeit registrieren müssen. Willy Brandt hat Kennedy schon vorher seinen Dank dafür ausgesprochen und damit Empfindungen des ganzen deutschen Volkes berührt.

Mit Kennedys Wahlsieg wird ein neues Kapitel in der amerikanischen Geschichte aufgeschlagen. Aber auch die Weltpolitik tritt in ein neues Stadium ein. Stärker, selbstbewußter wird die Stimme Amerikas wieder zu hören sein. Die freie Welt kann daraus nur Zuversicht schöpfen.

Interview mit MdB Peter Nellen

Adenauer: "Ich bin doch für Sie da"

Nellen: "Mich treibt die Sorge um den demokratischen Staat"

Der Sozialdemokratische Pressedienst hatte Gelegenheit, den Bundestagsabgeordneten Peter Nellen kurz nach seinem Beitritt zur SPD-Fraktion über seine Gründe für den bedeutsamen Schritt, die ihn ausser den bereits bekannten politischen Erklärungen bewegt haben, zu befragen.
D.Red.

Herr Abgeordneter Nellen, halten Sie es für möglich, dass Ihre bisherigen politischen Freunde versuchen werden, Ihre Entscheidung rückgängig zu machen und haben Sie sich schon in der Vergangenheit mit diesen Freunden über Ihre politischen Auffassungen ausgesprochen und ausinandergesetzt?

* * *

MdB-Nellen: Diese Frage ist besonders ernst. Ich füge hinzu: Sie ist sogar schmerzhaft und bewegend. Denn wenn man ein direktes Mandat hat, dann ist man natürlich seinen politischen Freunden und den vielen bekannten und unbekanntem Wählern besonders verbunden. Es ist meinen Freunden nicht entgangen, dass ich im Laufe der letzten Jahre manchmal ein sehr kritisches Wort auch zur Politik meiner bisherigen Fraktion gesagt habe. Ich will nicht behaupten, dass ich es immer absolut am richtigen Ort und zur richtigen Zeit gesagt habe. Ich bin auch von meinen Freunden in der Weise zur Rede gestellt worden, wie es unter Parteifreunden üblich ist. Aber wahrheitsgemäss darf ich sagen, dass gerade nach gewissen Äusserungen, die mit der Zeit immer etwas schärfer wurden, und nach heftigen Diskussionen oft meine bisherigen Parteifreunde mir niemals bestritten haben, dass ich mir die ganzen Dinge sehr schwer mache, dass ich sehr nachdenklich gehandelt habe, und dass sie an meiner Ehrlichkeit und an meiner Sorge nie gezweifelt haben. Das beruhigt mich, und deswegen glaube ich auch - obwohl mir das wohl einige nicht abnehmen werden - im Grunde genommen den Wählerauftrag gerade so durchführen zu müssen, wie ich ihn jetzt durchführe.

Herr Abgeordneter, es würde uns interessieren, von Ihnen zu hören, ob Sie in der Vergangenheit schon einmal, vielleicht aus Anlaß Ihrer gelegentlichen kritischen Äusserungen über die Haltung der CDU, mit dem Parteivorsitzenden der CDU, Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer, eine direkte Diskussion geführt haben.

* * *

MdB-Nellen: Die Frage kann ich sehr klar beantworten. Es war in einer Diskussion im Januar 1959; ihr war ein langes Gespräch mit meinem von mir sehr verehrten, damaligen Fraktionsvorsitzenden Dr. Heinrich Krone, vorausgegangen. Sie wissen, dass es ein ziemlich seltenes Ereignis ist, dass der Herr Bundeskanzler und Parteivorsitzende der CDU überhaupt mit einem Abgeordneten, vor allem, wenn Sie wollen, mit einem Junior-Abgeordneten - gemessen an seiner Würde und an seinem Alter - sozusagen handgemein wird. Der Aufhänger damals war ein Aufsatz, den ich im Oktober 1958 über den Rapacki-Plan geschrieben hatte. Ich bin natürlich auch damals nicht töricht genug gewesen, um mich etwa für den

Kopsacki-Plan auszusprechen und mit Schuhen und Strümpfen auf diesen Plan, der ja sehr unstritten war, zu springen. Wohl aber hatte ich sehr scharf erklärt, ich hätte die ernste Sorge, dass überhaupt alle solche Pläne, durch reinen Autoritätsspruch des Parteichefs und Bundeskanzlers von vornherein vom Tisch gefegt würden. Ich war ferner besorgt, dass man sich dann irgendwelcher anonymer Sprecher der Bundesregierung bedient, und dadurch die Sache erledigt. Gegenüber dieser Methode habe ich ernste Bedenken erhoben und damals dem Herrn Bundeskanzler gesagt - da anscheinend die grossen Lösungen, die ich auch mit ihm für die eleganteren attraktiveren hielt - nicht zu realisieren seien, ob man nicht versuchen müsse, auch aus solchen Vorschlägen, wie dem des polnischen Aussenministers, mindestens einen Anlass für diplomatische Gespräche, Sondierungen oder Konferenzen zu finden. Darüber sind wir sehr scharf aneinander geraten. Der Herr Bundeskanzler glaubte damals sehr ironisch sagen zu müssen,

"Herr Wellen, Sie hätten sich Ihre literarischer Eitelkeiten" - das war ein kleiner Tiefschlag - "ersparen können, Sie hätten doch gar keine Artikel zu schreiben brauchen. Ich bin doch für Sie da, und wenn ich nicht da bin, ist Herr von Brentano da".

Ich erinnere mich, dass dieses generöse Angebot damals homerisches Gelächter in der Fraktion erregte. Wir waren uns alle klar, dass das nicht ging. Wir haben damals sehr kräftig Argumente miteinander ausgetauscht; eine seltene Sache. Soweit ich mich erinnere, ist das überhaupt das letzte Mal gewesen, dass ein einzelner Abgeordneter, der mit dem Parteichef und Bundeskanzler, eigens in der Fraktionssitzung eine solche Debatte mit Argumenten geführt hat. Ich habe damals keinen Zweifel daran gelassen, dass es mir darauf ankam, Dinge, die ich schreibe oder draussen in Lande sage, auch vor dem Fraktionsgremium und mit den Männern, die die grösste Verantwortung tragen, offen zu sprechen. Aber ich muss, leider Gottes, ohne auf meine alte Fraktion unfair oder bössartig Steine werfen zu wollen, sagen: Diese Fraktion scheint mir immer mehr an Kraft verloren zu haben als ein Gremium politischer Willensbildung neben der Regierung und die Regierung tragend. Sie ist beherrscht von der ungewöhnlichen Autorität des Regierungs- und Parteichefs.

* * *

Wir können uns vorstellen, Herr Abgeordneter Wellen, dass dieses Erlebnis, das Sie hier so anschaulich schildern, mit dazu beigetragen hat, Ihre Entscheidung zum Austritt aus der CDU heranreifen zu lassen. Ist es richtig, wenn wir annehmen, dass Sie dadurch, und vielleicht auch in einer gewissen Abwehrstellung gegen die von Ihnen dargestellten Methoden, jetzt erreichen wollen und hoffen, andere Menschen im Bereich des politischen Wirkens für eine stärkere Mitarbeit an der Gestaltung unseres demokratischen Lebens gewinnen zu können?

* * *

MdB-Wellen: Genau diese Sorge treibt mich. Lassen Sie mich ganz einfach sagen: Wenn wir ständig, und besonders in den Wahlkämpfen, an die demokratische Mündigkeit, an die Urteilsfähigkeit, an die Urteilsbereitschaft und die Entscheidungsfähigkeit des Wählers appellieren, so hat es mich zutiefst geschmerzt, dass ich gerade die Eigenständigkeit, den Mut

zum eigenen Urteil in dieser grossen Fraktion gegenüber dem Chef Adenauer, so schrecklich vermissen musste. Das ist etwas, was mich für die Parteien und für den Staat besorgt macht.

Ich stelle also fest, dass das, was wir von den einfachen Bürger fordern, nämlich, dass er sich eigene Gedanken macht, diese äussert und mit Argumenten mit allem Eifer vorbringt, dass das - verzeihen Sie, ich muss es sagen - in dieser Fraktion vor der Autorität und dem anscheinend alles überragendem Wissen und vor dem Besitz der Staatsgeheimnisse in der Brust Adenauers eben kapituliert. Ich sehe da so unendlich viel guten Willen und so viele noble und ehrenhafte Leute, die ich in einem Schweigen antreffe, das mich um meine ehemalige Partei und den Staat mit Sorge erfüllt.

* * *

Schulung und Bildung vorranglich

Von Bruno Kuster, Genf

Die Gewitter, die sich an der UNO-Generalversammlung entluden, wirkten auf manche Gemüter einigermaßen schockierend. Dabei sollte man nicht übersehen, dass dieses Donnern nur ein oft abgeschwächtes Echo dessen ist, was sich in der täglichen Wirklichkeit auf allen Kontinenten an Auseinandersetzungen und Zusammenstössen abspielt.

Auf seiner Rückreise von New York nach Genf hielt der Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation, David A. Morse, in der Londoner Guildhall eine Rede, in der er unumwunden seiner Besorgnis über die Verschlechterung des internationalen Klimas und über die Zukunft Ausdruck gab. Mit Recht stehe das Abrüstungsproblem im Vordergrund, denn von seiner Lösung hängt es ab, ob wir den Frieden oder "unseren letzten Krieg" haben werden. - Einen Hoffnungsschimmer erblickt jedoch Morse im Entschluss der wichtigsten Industriestaaten, ihre Reichtümer und Erfahrungen mit den Entwicklungsländern zu teilen, womit einer "der bedeutendsten revolutionären Schritte unserer Zeit" getan wurde.

Jedoch macht man die Erfahrung, dass die von der technischen Revolution hervorgerufenen Umwälzungen oft Frieden und Freiheit gefährden und ganze Länder in ein unheilvolles Durcheinander stürzen. Morse warnt vor der Gefahr, dass im Augenblick rascher wirtschaftlicher Entwicklungen das menschliche Elend mit umso grösserer Schärfe empfunden wird; und das Gefühl, zu kurz gekommen zu sein, schlägt in Gewaltanwendung um. "Deshalb kommt der Erziehung und der beruflichen Ausbildung in der gegenwärtigen Entwicklungsphase die allergrösste Bedeutung zu... Aber die technische Schulung allein genügt nicht. Sie kann sogar gefährlich werden, wenn sie nicht durch eine soziale Bildung ausgeglichen wird, durch welche die Bevölkerungen in die Lage versetzt werden, die Veränderungen, denen sie sich ausgesetzt sehen, besser zu verstehen... Wenn man den Führern der neuen Gemeinschaften nicht eine solide soziale Erziehung zuteil werden lassen kann, laufen sie Gefahr, dem Durcheinander, der Willkür und der Gewaltanwendung zu verfallen".

* * *

Der Protest des Revolutionärs

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Die innenpolitische Lage Griechenlands scheint sich seit den letzten Wochenende überraschend aufzuklären. Anlaß zu dieser Vermutung gibt der Plan von General Grivas, unter seiner Führung die jetzigen Oppositionsparteien mit Ausnahme der äußersten Linken zu einer neuen Unionspartei zu sammeln. In seinem Aufruf an die Politiker Griechenlands heißt es: "Ich bin mir klar darüber geworden, daß es in unserem politischen Leben sehr bald große Gefahren für die demokratische Freiheit unseres Volkes, für die Grundlage unserer staatlichen und sozialen Existenz und für die internationale Position Griechenlands geben wird, wenn nicht ein baldiger Zusammenschluß aller lebendigen Kräfte der Nation zu einer panhellenischen Bewegung eine Erneuerung und Gesundung unseres politischen Lebens bewirkt. ... Diese meine Bewegung hat die Gestalt einer friedlichen Revolution, die nur ganz bestimmte nationale und soziale Ziele verwirklichen will!"

Alles deutet darauf hin, daß dieser Aufruf bei den Parteien der zersplitterten Opposition ein positives Echo finden wird. Entscheidend für die Zugkraft des noch in der Retorte existierenden Gebildes wird es sein, ob General Grivas die einflußreichsten Männer für seine Sache gewinnen wird. Einer seiner engsten Mitarbeiter und der voraussichtlich künftige Parlamentssprecher der neuen Partei ist der frühere Vizepräsident der Regierung Papagos (1953-55) Stephanopoulos. - Am 1. November erklärten die parlamentarischen Vertreter der liberalen Opposition - einer Partei der Mitte unter Führung von Venizelos - in einem Memorandum, daß sie ihre Arbeit im Parlament niederlegen und der Bewegung des Generals beitreten wollen. - Gespannt wartet man auf die Reaktion der "Gruppe der Zehn", einer Art politischen Club, in dem ehemalige Minister und führende Politiker von noch heute großem Einfluß in der Öffentlichkeit vereinigt sind. - Ferner vermutet man, daß der General in sein Programm eine allgemeine Amnestie für politische Häftlinge aufnehmen und Maßnahmen zur Beseitigung von gewissen "polizei-staatlichen" Mißständen treffen will. Sehr fraglich ist allerdings, ob er den Wunsch der EDA, der äußersten Linken, erfüllen wird, die eine gesetzliche Rehabilitierung der KP Griechenlands erreichen möchte.

Wie sind die realpolitischen Chancen für die neue Partei? Für den griechischen Wähler spielt das persönliche Prestige der Männer, die die neue Partei prägen werden, eine größere Rolle als das bestdurchdachtste Programm.

Regierungskreise in Athen sind vom Plan des Generals Grivas beunruhigt. Immerhin entsteht die Gefahr, daß die Persönlichkeit des zypriotischen Freiheitshelden, dessen Untadelhaftigkeit von allen anerkannt wird, selbst innerhalb der Regierungspartei Anhänger für seine Pläne finden könnte. Damit geriete aber die parlamentarische Mehrheit der Regierung ins Wanken, abgesehen vom möglichen Stimmenschwund für Karamanlis bei künftigen Wahlen. Besonders in den konservativ orientierten bäuerlichen Kreisen, die in den beiden letzten Jahren sehr über schlechte Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte im Ausland klagen, dürfte es dem General nicht schwer fallen, politisches Kapital zu gewinnen.

Unbeachtet dieser parteipolitischen Perspektiven ist es für die innerpolitischen Verhältnisse Griechenlands von größter Bedeutung, daß eine Partei entsteht, die die Kräfte der Rechten und der Mitte für sich zu gewinnen weiß. Denn nur so ist sie über jeden Verdacht der Sympathie mit den Kommunisten erhaben und kann schließlich die Regierung zwingen, ein Wahlgesetz zu schaffen, das nicht nur auf eine bestimmte Interessengruppe zugeschnitten ist, wie das bei den Wahlen 1956 und 1958 der "Core"-Partei des Ministerpräsidenten Karamanlis gelang, nicht zuletzt, weil er keine ernsthafte Konkurrenz auf dem rechten Flügel zu befürchten hatte. Alle Oppositionsparteien fordern als Voraussetzung für eine Formalisierung der politischen Situation ein neues Wahlgesetz.

Und vielleicht wird dies bald gebraucht. Nach dem Tenor der griechischen Presse ist es ein offenes Geheimnis, daß Athen sich bereits seit Wochen in einer akuten politischen Krise befindet, die im Zusammenhang mit der Kartenaffäre offen zutage trat. Diese Affäre hat - nach einem Kommentar der Times vom 29. 10. -, anstatt sich in der Bedeutungslosigkeit zu verlieren, das ganze politische Klima des Landes vergiftet und scheint die Stabilität der Regierung Karamanlis zu bedrohen. Vielleicht ist hier die Ursache für Grivas politische Initiative zu sehen. Jedenfalls ist der Zeitpunkt zur Proklamation seiner Pläne günstig gewählt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel